

Calmer Tagblatt

Nr. 98

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 150 M., Familienanzeigen 100 M., Reklamen 400 M. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 %. — Fernspr. 9.

Donnerstag, den 26. April 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 3000 M. monatlich. Postbezugspreis 3000 M. ohne Postgeb. Einzelnummer 130 M. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Reichstag konnte vor seiner Vertagung bis 3. Mai den Gesetzentwurf betreffend den Schutz von Versammlungen nicht zur Abstimmung bringen, da die Sozialdemokraten auch gestern wieder den Saal verließen und dadurch die Beschlussfähigkeit des Hauses wiederholt herbeiführten. Die Sozialdemokraten beharrten auf ihrem Standpunkt, daß das Gesetz ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter sei, weil es in Bayern doch nur gegen die Sozialisten durchgeführt würde, nicht aber gegen die Nationalsozialisten, denen die bayerische Regierung machtlos gegenüber stehe. Bei den anderen Parteien entstand namentlich dadurch Erregung, daß der sozialdemokratische Sprecher die Reichstagsmehrheit beschuldigte, sie nehme ein Gesetz gegen die Arbeiter in dem Augenblick an, in dem die deutsche Arbeiterschaft im schwersten Abwehrkampf an der Ruhr stehe. Man bestritt den Sozialdemokraten das Recht, allein im Namen der Ruhrarbeiter zu sprechen, und ebenso die Behauptung, als ob das Gesetz ein Ausnahmengesetz sei. Der Reichsminister des Innern wollte vermitteln, indem er erklärte, wenn der Versammlungsschutz gewährt werde, werde die Reichsregierung in Bayern auf Durchführung der verfassungsmäßigen Rechte dringen. Im übrigen werde sie im Falle der Ablehnung selbst nach Mitteln suchen müssen zur Sicherung der Versammlungsfreiheit. Nachdem der sozialdemokratische Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuß, den die Antragsteller als Vermittlungssaktion betrachteten, abgelehnt worden war, verließen die Sozialdemokraten den Saal, und führten so die Beschlussfähigkeit des Hauses herbei. Der Gesetzentwurf kann also erst am 3. Mai wieder behandelt werden.

Die Reichsregierung und die Industrieverbände beraten weiter über ein etwaiges neues Reparationsangebot der deutschen Regierung. Von englischer Seite sind wiederum „Neregungen“ ergangen, die auf die Haltung Englands bei einem neuen deutschen Angebot schließen lassen. Man will dann aktiv eingreifen. Auch müsse geprüft werden, ob der letzte englische Zahlungsplan, der 50 Milliarden Goldmark vorsah, jetzt noch aufrechtzuerhalten sei, nachdem der Einmarsch ins Ruhrgebiet die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands schwer beeinträchtigt habe.

Reichstag.

Beratung des Gesetzentwurfs gegen Versammlungsprengungen.

Berlin, 24. April. Beginn der Sitzung nachmittags 2 Uhr. Das Haus verweigert zunächst die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abgg. Simon-Schwaben (Soz.), Bruhn (D.N.), Thomas (Komm.) und Knytel (Soz.). Dann wird die zweite Beratung des von den Mittelparteien beantragten Gesetzes wegen Versammlungsprengungen fortgesetzt. Danach soll, wer nichtverbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung verhindert oder sprengt oder in unmittelbarem Zusammenhang mit den Gewalttätigkeiten begeht, mit Gefängnis bestraft werden. Nebenher kann auf Geldstrafe bis zu einer Million Mark erkannt werden. Der Versuch ist strafbar. — Der Ausschuß hat einen dazu von den früheren Unabhängigen gestellten Antrag abgelehnt, daß mit Gefängnis oder Zuchthaus die Beamten bestraft werden sollen, die ihre gemäß dem Gesetz über den Schutz der Republik übertragenen Pflichten fahrlässig oder absichtlich unbeachtet lassen oder die ihnen übertragenen Rechte mißbrauchen. — Die Abgg. Levi und Crispian haben diesen Antrag erneut eingebracht. — Abg. Vogel-Franken (Soz.) lehnt den Gesetzentwurf ab. Die Sozialdemokraten wollten aber mit dieser Haltung keineswegs die Versammlungsprengung begünstigen. Der Entwurf habe nichts mit dem Schutze der Republik zu tun, sollte vielmehr dem Schutze der faschistischen und rechtsbolschewistischen Bestrebungen dienen. Die Strafbarkeit des Versuchs sei eine Unmöglichkeit und würde der Willkür der Gerichte unbegrenzten Spielraum lassen. In Bayern würde sich diese Willkür zweifellos ausschließlich gegen die Arbeiterschaft richten. Bisher hätten sich dort die Regierung und die Polizeischützend vor die rechtsbolschewistischen Versammlungsprenger gestellt. Diese bayerischen Nationalsozialisten hielten im engsten Zusammenhang mit Reichswehr und Landespolizei Schieß- und Feldübungen ab. In ihren Versammlungen werde regelmäßig zum Morde der Juden und Novembermänner aufgeföhrt. Das Kabinett Cuno werde durch die Tausche gezogen und Plakate mit schauerhaftem Inhalt würden von der Polizei erlaubt; Versammlungen des Republikanischen Reichsbundes

würden verboten. Die bayerische Regierung habe von ihren weitgehenden Vollmachten zum Einschreiten gegen den nationalsozialistischen Versammlungsterror noch nicht den mindesten Gebrauch gemacht. Sie hat mit ihrer Kapitulation vor den Hitler-Truppen den letzten Rest von Autorität verloren. Die Reichswehr liefert ihnen die Munition für ihre sonntäglichen Schießübungen. Die Landespolizei liefert den Hitler-Truppen Schmittknüppel. Wenn ein Abgeordneter in Bayern solche Tatsachen mitteilt, wird ihm von allen bürgerlichen Parteien einschließlich der Demokraten die Immunität abgesprochen und er wird wegen Landesverrat verhaftet. Gegen diesen Terror wird kein Gesetz etwas ausrichten können. In Bayern wird in verbrecherischer Weise um das Schicksal des deutschen Volkes gespielt. — Von mehreren Parteien ist namentlich die Abstimmung über die Vorlage beantragt worden. — Abg. Henning (Deutsch-völk.) stimmt der Vorlage zu, hat aber wegen Einzelheiten Bedenken und gibt der Erwartung Ausdruck, daß das Gesetz nach allen Richtungen angewendet und nicht etwa Halt gemacht wird vor den bewaffneten proletarischen Hundstößen. Redner nimmt alsdann seine Partei gegen die Angriffe des Ministers Severing im preussischen Landtag in Schutz und betont, die Mitteilungen des Ministers im Landtag über die Pläne der deutsch-völkischen Freiheitspartei seien durchaus unwahr. Aus den Äußerungen ergebe sich nicht der leiseste Grund für Putschabsichten der Partei. Das angebliche zentnerschwere Material des Ministers bestehe in einem dünnen Zettel, der durchaus nichts mit der Sache zu tun habe. Der Kampf gegen unsere Partei ist völlig ungerechtfertigt. Der Reichstagsausschuß hat unseren Einspruch gegen die Maßnahmen des Berliner Polizeipräsidenten verworfen. Wir haben in Berlin dieselben Zustände wie in Moskau. Die Tonart, die gegen rechtsradikale Männer angewandt wird, ist unerhört. Severings Material besteht nur aus einem phantastischen Plan, den ein Heißsporn zum Sturze des Ministers Severing dem Abg. Wulle eingebracht hat und den dieser in seine Schublade legte, ohne mit irgend einem Menschen darüber zu reden. Statt unsere Schuld zu beweisen, verlangt man von uns den Beweis unserer Unschuld. In Thüringen existieren dagegen bewaffnete Hundstößen. (Lebhafter Widerspruch der Soz. Zurufe: Lüge! Schwindel! — Ordnungsruf des Präsidenten für den Abg. Ludwig, Soz.) — Die radikale Linke bereitet den Umsturz vor und Herr Severing hält seine schützende Hand über sie. Nach minutenlangem Lärm verläßt schließlich der Redner unter ironischen Bravorufen der Sozialdemokraten das Rednerpult. — Bayerischer Gesandter v. Pregel betonte gegenüber einem Vorwurf des Abg. Vogel, daß in Bayern volle Versammlungsfreiheit bestehe, was der folgende Redner, Abg. Kemmele (Komm.) als Heuchelei bezeichnete. — Abg. Dr. Levi (Soz.) forderte unter scharfen Angriffen gegen die bayerische Regierung und die bayerischen Gerichte, daß der Reichsjustizminister die Autorität des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik auch in Bayern durchsetze. Reichsjustizminister Dr. Henke begrüßte den Entwurf als Mahnung an die Öffentlichkeit, das Rechtsgut der Versammlungsfreiheit besser als bisher zu achten. Die Reichsregierung werde diese Verbesserung des Strafgesetzes unparteiisch nach rechts und links anwenden. Die bayerische Justizverwaltung habe versichert, daß die Haftbefehle in Bayern vollstreckt würden. Abg. Leicht (Bayer. Vpt.) erklärte, daß die Verhältnisse in Bayern außerordentlich schwierig seien. Die Bayerische Volkspartei habe in letzter Zeit energisch gegen gewisse Bestrebungen Stellung genommen, gegen die man vielleicht schon früher mit größerer Entschiedenheit hätte vorgehen sollen. Der Redner polemisiert gegen die Behauptung des Abg. Levi, daß in Bayern der Reichsgedanke lediglich von der Arbeiterschaft getragen werde. Alle bayerischen Parteien ständen auf dem Boden der Zugehörigkeit zum Reich. Wir sind gegen die nationalsozialistische Bewegung, weil sie letzten Endes zur Revolution treibe und weil wir keine Republikaner sind. Wir lehnen es ab, uns von einem Diktator (Zuruf: Hitler!) in einer Revolution hineinreiben zu lassen, wie wir es bedauert haben, daß wir damals von einem anderen Ausländer in eine Revolution hineingezogen wurden.

Abg. Dr. Levi (Soz.) fordert unter heftigen Angriffen gegen die bayerische Regierung und die bayerischen Gerichte, daß der Reichsjustizminister die Autorität des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik auch in Bayern durchsetze. Nur die Arbeiterklasse könne der reichszerstörenden Wühlarbeit der Hitlergardien Widerstand entgegensetzen. Der vorliegende Entwurf wolle aber den Widerstand der Arbeiterschaft gegen die bayerischen Faschisten brechen in einem Augenblick, wo das Reich in seinem Abwehrkampf sich auf die Arbeiterschaft stütze. Es sei kein Zweifel, daß alle französischen Projekte zur Reichszersplitterung nach Bayern wiesen. Es sei nicht das erste Mal, daß

das Haus Wittelsbach eine Königskrone aus französischer Hand erhalte. — Ueber einen eingebrachten Antrag Dittmann (Soz.) auf Rückverweisung des Entwurfs an den Ausschuß wird auf Antrag des Abg. Schulz-Bromberg (D.N.) namentlich abgestimmt, wobei der Antrag Dittmann mit 196 gegen 148 Stimmen abgelehnt wurde. Abg. Dittmann (Soz.) beantragte nun Vertagung der Abstimmung und bezweifelte, nachdem die Linke den Saal verlassen hatte, die Beschlussfähigkeit des Hauses, die sich auch bei der nachfolgenden Abstimmung über den Vertagungsantrag herausstellte. In der um 7 Uhr vom Präsidenten Löbe auf halb 8 Uhr angelegten neuen Sitzung schlug dieser Vertagung auf morgen nachmittags 2 Uhr vor, in der die heute abgebrochene Beratung zunächst fortgesetzt werden soll. Abg. Müller-Franken bezweifelte, daß die Vorlage morgen leichter als heute verabschiedet werden könne, weshalb er beantragte, ihre Beratung statt an die erste an die 8. oder 9. Stelle der Tagesordnung zu setzen, doch wurde der Antrag Müller von den bürgerlichen Parteien abgelehnt, sodaß also die Beratung des Versammlungsprengungsgesetzes morgen fortgesetzt wird.

Das Reparationsproblem.

Reichsregierung, Industrie und die Curzonrede. Berlin, 26. April. Wie die Blätter melden, beschäftigt sich die Reichsregierung weiter mit der Frage der Beantwortung der Curzonrede. Auch der Reichsverband der deutschen Industrie hielt gestern eine Präsidialsituation ab, die sich mit der Frage befaßte, in welchem Umfang die deutsche Industrie bereit und in der Lage sein würde, die Garantierung eines deutschen Angebots zu übernehmen. Sobald die Vorberatungen des Reichsabinetts über die Ausarbeitung eines Reparationsangebots beendet sind, wird der Reichszentralrat die Parteiführer zu einer Besprechung empfangen.

Die Auffassung der englischen Neutralität im Ruhrkampf.

Berlin, 25. April. Die Rede Lord Curzons im Oberhaus am 20. April liegt nunmehr im englischen Text vor. Darnach ist die bisher dunkel erscheinende Stelle richtig wie folgt zu überlegen: Die Erfahrungen des letzten Krieges haben gezeigt, daß ein Neutraler keineswegs ein Statist ist. Ein Neutraler ist in jedem Augenblick in der Lage, Handelnder zu werden und zwar ein sehr nützlicher.

England und die Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit.

London, 25. April. Das Parlamentmitglied Lambert (Arbeiterpartei) fragte den Premierminister, ob irgendein verantwortliches Angebot, annehmbare Kriegsreparationen zahlen zu wollen, von der deutschen Regierung gemacht worden sei und wenn ja, welche Summe genannt wurde und welches die Summe sei, die die britische Regierung innerhalb der Leistungsfähigkeit Deutschlands liegend ansehe. — Ein Regierungsvertreter erwiderte, der Premierminister sei sich keines Angebots bewußt, das nicht bereits veröffentlicht worden sei, und sehe keinen Zweck zu der Erwägung, ob die Angebote, die im März und April 1921 gemacht wurden, zu der Zeit, in der sie gemacht wurden, angemessen waren. Sie seien zwei Jahre alt und Bedingungen unterworfen gewesen, wie z. B. Oberschlesien, die jetzt nicht erfüllt werden könnten. Der deutsche Plan vom Dezember 1922 und die Antwort hierauf, daß er als befriedigend angesehen werden könne, sei veröffentlicht worden. Was den britischen Teil der Frage betreffe, so sei die Summe, die im Januar als innerhalb der deutschen Zahlungsfähigkeit liegend angesehen wurde, 2500 Millionen Pfund Sterling gewesen. Ob die darauf folgenden Ereignisse diese Summe vermindert hätten, sei eine Frage, die der Premierminister gründlich mit Sachverständigen geprüft haben wolle, bevor er zu irgend einem Schritt komme. — 2500 Millionen Pfund Sterling sind 50 Milliarden Goldmark.

Ein französischer Provinziallandtag gegen die Ruhrpolitik Poincaré's.

Paris, 25. April. Der Generalrat des Departements Haute-Vienne hat eine gegen die Ruhrpolitik der Regierung gerichtete Resolution mit großer Mehrheit angenommen. Sie geht davon aus, daß das sichere wirtschaftliche Gedeihen Frankreichs nur durch eine friedliche und vollkommen auf Abrüstung eingestellte Politik erzielt werden könne. Die Resolution bedauert schließlich, daß die Regierung sich zu Alton habe hinziehen lassen, die die internationale Lage diplomatisch, finanziell und wirtschaftlich kompliziert hätten. Für Frankreich seien nur Meinungsverschiedenheiten mit den Alliierten, erhöhte militärische Ausgaben und wirtschaftliche Nachteile vor allem durch

eines
elchens
rau Liesel
eb. Schilling.
er.
April,
reihe.
hr ab
Musik.
idlich ein

er haben in
ihnen von
angebotene
ge gekauft.
wie jeder-
gentum der
rn; wer sie
rei schuldig.
betr. Käufer
e bringen.
mit gewarnt.
elschule

Magold
April 1923,

Magold
227

ge, Acker-,
maschinen,
maschinen,
Mahlmühlen,
trockenwasch-
Kreislagen,
missions-
ter-Säffer,
heffel usw.
ren Landwirte
diesem Tage

ger Bugerei
laufenden
vorjahren.

Land-
arzwald
dt

ttfr. 227

öbliert,
e eignen, im
gelegen,
abigung

gesucht.
Büro, Calw.

Hinauszögerung des Wiederaufbaues aus dieser Aktion erwachsen. Der Generalrat fordert die Regierung auf, vernünftigen Vorschlägen Gehör zu schenken, und stellt folgende Bedingungen: 1. Rasche Regelung des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete, 2. eine Friedensgarantie mit Hilfe eines Paktes, dessen Durchführung der Kontrolle des Völkerbunds zu unterstellen wäre und der ein Angriffsverbot enthält, ferner die Entmilitarisierung einer breiten Zone, 3. Revision der Friedensverträge.

Die französische Gewaltpolitik.

Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.

Herne, 25. April. Infolge der Besetzung der Zechenanlagen „Lothringen“ I und IV durch die Franzosen hat die gesamte Belegschaft die Arbeit niedergelegt. Dadurch ist Herne und ein großer Teil der umliegenden Orte, die von diesen Anlagen Gas erhalten, ohne Gas und ohne Straßenbeleuchtung. Die Franzosen verhängten daraufhin über die Orte von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens die Verkehrsperre. Nur Ärzte, Hebammen und Priester, sowie Arbeiter, die zur Arbeit gehen oder von der Arbeit kommen, dürfen in dieser Zeit die Straßen betreten. Jede einzelne Person muß eine brennende Laterne bei sich tragen, da sonst geschossen wird.

Düsseldorf, 25. April. Neuerdings liegen wieder zahlreiche Meldungen vor, daß französische und belgische Soldaten bei der Vornahme der Passrevision oder bei angeblicher Passrevision die Revidierten ihres Geldes und ihrer Wertgegenstände berauben. Zahlreiche Einzelfälle sind den zuständigen örtlichen Befehlsbehörden zur Kenntnis gebracht worden, ohne daß bisher eine merkliche Abnahme dieser Vorgänge zu verzeichnen ist.

Oberhausen, 26. April. Im Laufe des gestrigen Vormittags wurden die Anschlußbahnen der Hüttenzechen Gutehoffnungshütte, Rheinhausen und Walsum durch die Franzosen besetzt, desgleichen die Zeche Altkladden.

Die Gewerkschaften gegen die Unterbindung des Verkehrs mit dem besetzten Gebiet.

Essen, 25. April. Die Blätter melden aus Dortmund: Die Gewerkschaften aller Richtungen sandten an General Degoutte ein Schreiben, in dem gegen die Verkehrsverhinderungen im Ruhrgebiet protestiert wird. In dem Protest heißt es u. a.: Durch die Behinderung des Verkehrs im besetzten Gebiet erhält die Bevölkerung des besetzten Gebiet, die im unbesetzten Teil Deutschlands Verwandte hat, die an sie gesandten Lebensmittel und Bedarfsartikel nicht mehr. Die Ernährung wird dadurch erheblich erschwert. Die Not wird größer und das große Sterben nimmt zu, da auch der Verkehr mit Heilmittelpaketen nicht erlaubt ist. Familiäre und gesellschaftliche Beziehungen sind durch das kulturwidrige Verbot unterbrochen. Gegen diesen Eingriff in den Verkehr erheben wir schärfsten Protest und erwarten die sofortige Aufhebung dieser Maßnahmen.

Die Bergarbeiterverbände gegen die Maßnahmen der Kommunisten.

Dortmund, 26. April. Die 4 Bergarbeiterverbände erlassen einen Aufruf, worin es heißt: In großem Umfang werden von den Franzosen und Belgiern Zechen besetzt, um den dort gelagerten Koks abzutransportieren. Kommunisten, Unionisten und Syndikalisten versuchen, ihre Streikparole zu verwirklichen, indem sie in den Belegschaftsversammlungen und in ihrer Presse verlangen, daß wenn auf einer Zeche die Koks- und Kohlenhalden abgesperrt würden, die Belegschaften in den Streik treten müßten, da unter den Bajonetten nicht gearbeitet werden dürfe. Die Absicht dieser Parteien ist klar. Sie wollen den passiven Abwehrkampf zu einem aktiven machen. Die Vorgänge in Mülheim und Essen beweisen das. Der Abwehrkampf war bisher nur deshalb so erfolgreich, weil er mit Ruhe und Besonnenheit geführt wurde. Er ist verloren in dem Augenblick, wo Generalstreik oder gewalttätiges Vorgehen einsetzt. Unter Bajonetten soll und wird nicht gearbeitet werden. Wenn nur die Kohlen- und Kokslager abgesperrt,

aber die übrigen Zechenanlagen von Militär frei sind, kann von Arbeiten unter Bajonetten keine Rede sein. Ausschlaggebend bei jeder Maßnahme muß sein: nicht oder schadet sie dem Gegner, oder der eigenen Sache. Generalstreik oder gewalttätiges Vorgehen nützen aber nur dem französischen Imperialismus und Militarismus. Weist die Ansichten der Kommunisten und Syndikalisten zurück und folgt nach wie vor nur den Weisungen der Bergarbeiterorganisationen.

Zur auswärtigen Lage.

Deutscher Protest gegen das Ueberfliegen deutschen Gebiets durch französische Flugzeuge.

Berlin, 25. April. Nach Blättermeldungen überflogen die Flugzeuge der französischen Luftverkehrsgesellschaft Franco-Damaine de Navigation Aérienne, die den regelmäßigen Flugverkehr Paris—Frag unterhält, dauernd deutsches Gebiet, obwohl nach Artikel 320 des Versailler Diktats am 11. Januar 1923 sämtliche Vorrechte für die Zivilflugzeuge der alliierten Mächte in Deutschland erloschen sind, und von deutscher Seite die Botschafterkonferenz zur Vermeidung von Zwischenfällen auf die veränderte Rechtslage aufmerksam gemacht worden ist. Da die französische Luftverkehrsgesellschaft die erforderliche Genehmigung der deutschen Regierung weder nachgesucht noch erhalten hat, forderte, wie die Blätter berichten, die deutsche Regierung bei der französischen Regierung die Einstellung der unberechtigten Flüge und betonte ausdrücklich die Verantwortung der französischen Regierung über etwaige Zwischenfälle, z. B. bei Notlandungen.

Vor der Anerkennung der amerikanischen Besatzungskosten.

Paris, 25. April. Die „Chicago Tribune“ meldet: Die Vertreter der Alliierten im Pariser Ausschuh zur Regelung der amerikanischen Besatzungskosten sollen die von den Ver. Staaten verlangte unbedingte Priorität ihrer Besatzungskosten für die gesamte Zahlungsperiode von 12 Jahren so gut wie zugestanden haben. Der Vorschlag von alliierter Seite, den Unterstaatssekretär Wadsworth gestern und heute nach Washington telegraphierte, machte zwar noch einige Vorbehalte. Man betrachtete jedoch in amerikanischen Kreisen das Angebot als recht befriedigend.

Die Verhandlungen in Lausanne.

Lausanne, 25. April. Das politische Komitee setzte heute seine Beratungen über die territorialen Klauseln des Friedensvertragsentwurfs und die türkischen Einwände fort. Zu Art. 15, der den Verzicht der Türkei zu Gunsten Italiens auf den Dodekanes verlangt, fordert die Türkei, daß die Insel Gatal-Rico ihrer Souveränität unterstellt bleiben solle. Da der italienische Delegierte diese Forderung nachdrücklich ablehnte, konnte noch keine Einigung erzielt werden. — Bei Beratung des Art. 16, in dem die Türkei auf alle Rechte auf die Gebiete außerhalb ihrer neuen Grenzen verzichten soll, verlangten die türkischen Delegationen die Berücksichtigung der entsprechenden Klauseln des Angoravertrages, die gewisse Vergünstigungen für Alexandrette und Nordzyprien vorsehen. Ueber diese Frage soll die Besprechung zwischen General Pellet und Ismed Pascha weitergeführt werden. — Zu Art. 21 über die Meerengenfrage gab Ismed Pascha die Erklärung ab, daß, wenn die Meerengenfrage wieder zur Diskussion gelangen soll, die Delegierten Rußlands, der Ukraine und Georgiens, sowie der anderen Uferstaaten des Schwarzen Meeres an den Beratungen, auf jeden Fall an der Unterzeichnung des Meerengenpaktes, teilnehmen müßten. Der Präsident Rumbold erwiderte, daß, wenn die Russen das Meerengenabkommen unterzeichnen wollten, dem nichts entgegenstehe, daß sie einen derartigen Wunsch aber noch nicht geäußert hätten. — Art. 25, der festsetzt, daß die Türkei keine Machtbefugnisse politischer, juristischer oder administrativer Art u. w. über die Bevölkerungen außerhalb der Türkei behalten dürfe, dürfte bestimmt in der Fassung der Alliierten angenommen werden, wonach die geistigen Einrichtungen der Religionsbehörden der verschiedenen Religionen nicht angetastet werden sollen. Die Türken wollen, daß dies auch auf Gebiete außerhalb der Türkei angewandt wird. Hierüber werden die juristischen Sachverständigen

nach Bericht zu erstatten haben. Ein weiteres Intermezzo ergab sich anlässlich der türkischen Forderung, die türkische Souveränität über die Donauinsel Wadale wieder herzustellen. Dabei wurde namentlich erwähnt, daß diese Insel nachträglich der Türkei zugesprochen wurde, um nach dem Krieg an Rumänien abgetreten zu werden, was nicht hinderte, daß infolge eines Verlebens der rumänischen Behörden wieder ein türkischer Kadı, mit rumänischen Rassen ausgestattet, auf der Insel erschien, um dort die juristische Verwaltung auszuüben. Die türkische Forderung wurde abgelehnt. — Die nächste Sitzung des Komitees, die sich mit Artikel 26, das heißt mit der Frage der Kapitulationen, beschäftigen soll, dürfte zu lebhafter Debatte und starken Gegenjahren führen.

Deutschland.

Die bevorstehende Maßnahmen gegen die Devisenspekulation.

Berlin, 25. April. Zu den bevorstehenden Maßnahmen der Reichsregierung teilt die „B. Z.“ mit, daß vorgestern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs v. Trenbelenburg vom Reichswirtschaftsministerium und unter Hinzuziehung von Sachverständigen aus Bankkreisen eingehende Beratungen über die geplanten Maßnahmen auf dem Devisenmarkt stattgefunden haben. Als solche Maßnahmen kommen nach der „B. Z.“ vor allem in Betracht: die Erweiterung der Anmeldepflicht für Devisen, weit ausgebreitete Bestandsaufnahme des Devisenbestandes, Verschärfung des Verbots der Devisenbeileihung. Heute sind, wie das Blatt mitteilt, in den beteiligten Ressorts, vor allem im Reichswirtschaftsministerium und Reichsfinanzministerium, Beratungen erfolgt, die die Ausarbeitung der einzelnen Maßnahmen zum Gegenstand hatten.

Abchluss der Verhandlungen über die örtlichen Sonderzulagen.

Berlin, 26. April. Gestern nachmittag sind die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die örtlichen Sonderzulagen für Beamte nach zweimonatiger Dauer abgeschlossen worden. Der Wirtschaftslage der verschiedenen Orte des Reichs entsprechend sollen mit rückwirkender Kraft ab 1. März als örtliche Sonderzulagen zu dem gesetzlich festgesetzten Grundgehalt und Ortszuschlag Sätze von 26 Prozent bis 624 Prozent gewährt werden. Die höchsten Sätze erhalten die Orte im besetzten Gebiet, wo für die örtlichen Sonderzulagen eine völlig neue Einteilung der Orte erfolgt ist.

Zum Ableben der ehemaligen Großherzogin Luise von Baden.

Baden-Baden, 25. April. Zum Ableben der Großherzogin Luise wird mitgeteilt: Die Bestimmungen über die Beilegung konnten seitens des Großherzogs Friedrich zunächst nur unter Vorbehalt getroffen werden, da die Ankunft der Königin von Schweden, die auf Capri weilt, noch nicht feststeht. Die Leiche wird zunächst im Schloß Baden aufgestellt, und ist am Sonntag von 3 bis 6 Uhr und am Freitag Vormittag von 10—12 Uhr und nachmittags von 3—5 Uhr für den Zutritt der Öffentlichkeit freigegeben. Am Samstag findet im Neuen Schloß zu Baden-Baden eine Trauerfeierlichkeit statt. Die Ueberführung der Leiche ins Mausoleum in Karlsruhe findet in aller Stille in der Nacht vom Sonntag auf Montag statt. Die Beilegung ist für Montag den 30. April in Aussicht genommen.

Karlsruhe, 25. April. Zum Ableben der Großherzogin-Witwe Luise wird uns vom Staatsministerium mitgeteilt: Der Minister des Innern hat gestern früh einen Ministerialbeamten der Verwaltung des ehemaligen großherzoglichen Hauses nach Baden-Baden delegiert, um sich über die aus Anlaß der Ueberführung der Verstorbenen nach Karlsruhe erforderlichen Vorkehrungen zu orientieren. Gestern abend trat die badische Regierung zu einer Beratung zusammen. Sie beschloß, heute früh der großherzoglichen Familie durch Ministerialdirektor Leers ihr Beileid auszusprechen zu lassen. Wie man dem Staatspräsidenten mitteilte, wird die Beilegung erst am Ende der Woche, unter Umständen erst zu Beginn der nächsten Woche erfolgen.

Das Eulenhäus.

Roman von E. Marlitt.

Heute, an einem echten köstlichen Sommertage, hatte die Herzogin den Tee im Parke befohlen, dort, wo die Waldbäume an den Garten stoßen, an jenem Plage, wo Zoachims Weib für immer eingeschlafen war. Unter den alten Eichen schaukelte die Hängematte der Herzogin, und Klaudine, im leichten weißen Kleide, saß neben ihr auf einem bequemen, mit Leinen überspannten Sessel aus Bambusstäben und las. Vor ihr auf dem Tischchen aus kunstvoller Flechtarbeit lag die unvermeidliche Wollstriderei der Frau von Kagenstein; diese selbst stand etwas seitwärts und bereitete den Tee. Im Schatten einer mächtigen Kastaniengruppe, von den Damen um die Breite des Kiesplatzes getrennt, spielte der Herzog Lustkegel mit den zwei ältesten Prinzen, dem Rittmeister von Rinkleben und Herrn von Palmer; das Jubeln der Kinder, das Lachen und das Klappen der umfallenden Regel tönte herüber und die Augen der Herzogin sahen mit glücklichem Ausdruck dorthin.

Sie warf die seidene Decke zurück, die über ihr mattrot, mit weißen Tupfchen gemustertes Foulardkleid gebreitet war, und winkte mit der Hand hinüber zu den Kastanien.

„Sehen Sie, Klaudine, da kommt eben der Herzog; er scheint müde vom Spiel. — Mein lieber Freund, ich bin etwas zu faul heute für unsere Dominopartie, aber vielleicht übernimmt Fräulein von Gerold meine Stelle? — Bitte, das Tischchen hertzer,“ befahl sie und wandte sich herum in der Hänge-

matte, stülzte das Haupt auf die Hand und sah zu, wie der Herzog Klaudine gegenüber Platz nahm, die Steine verteilte und die feinsten ausbaute.

Klaudines schlante Finger begannen plötzlich zu zittern; sie neigte das schöne Gesicht tiefer über die schwarzweißen Steinen und eine rosige Blut flieg ihr bis unter das wundervolle üppige Mondhaar. Dort drüben, jenseits des Rasenplatzes, war etwas Blaues aufgetaucht — flatterte näher wie ein zierlicher Schmetterling und blieb dann mit einemmal regungslos stehen. — Und hinter diesem Blauen?

„Ah, mein Kind,“ sagte die Herzogin halblaut, „Sie scheinen zerstreut, der Herzog wird das Spiel gewinnen.“

„O, das ist ja eine idyllische Gruppe; das ist, als habe Waterloo sie gestellt! Ich fürchte, Baron, wir sühren,“ rief sie in hellblaues Leinen gekleidete Prinzessin und wandte sich mit einem halb spöttischen, halb ärgerlichen Ausdruck nach rückwärts, wo ihre Mutter am Arme des Schwiegersohnes ging, gefolgt von dem Kammerherrn und der Hofdame. Und sie sah in Lotfars Gesicht, das wie aus Erz gegossen.

Ihre Durchlaucht, die alte Prinzessin, nahm die Vognette vor die Augen und sagte, ohne eine Miene zu verziehen: „Vorwärts, mein Kind; du wünschtest Elisabeth zu überraschen — übernimm also die Anmeldung — bitte!“

Prinzessin Helene bewegte sich vorwärts; aber sie flatterte nicht mehr, es war nur ein langsames Gehen und ihre schwarzen Augen sahen sehr unzufrieden drein. Sie klappte geräuschvoll ihr Sonnenschirmchen zu, als sie sich näherte, und blieb dann mit einer schmolenden Miene stehen. „Verzeihung, Hoheit, wenn ich störe —“

Die Herzogin blickte auf und lachte. „Wo kommst du her, Wildfang?“ Und sie streckte ihr die Hand entgegen. „Bist du über die Mauer gestiegen, oder —?“

„Mit dem Neuhäuser Wagen gekommen. Mama, Baron Gerold und die anderen sind dort hinten und bitten um den Vorzug, Hoheit begrüßen zu dürfen.“

Sie verneigte sich anmutig vor dem Herzog und stülzte die Hand der Herzogin. Klaudine, die neben ihr stand, schien Ihre Durchlaucht nicht zu bemerken; sie begann mit komischem Eifer ihren Sonnenschirm zu schwenken, als wollte sie den Nahenden ein Zeichen geben, daß sie willkommen seien.

Der Herzog schritt der alten Prinzessin entgegen und führte sie seiner Gemahlin zu; Lotfar kam bei der Begrüßungsgene neben Klaudine zu stehen, aber vergeblich wartete sie auf ein Wort; sie erhielt nur eine stumme Verbeugung. Man nahm Platz, ein lebhaftes Gespräch entspann sich zwischen den fürstlichen Damen. Prinzessin Thelma bat um Entschuldigung, sich so unverantwortlich spät nach dem Besinden Ihrer Hoheit erkundigt zu haben; aber sie habe einen Unfall auf der Neuhäuser Schloßterrasse erlitten und sechs Tage lang Arnikaumschläge auf dem Fuß gehabt; und Prinzessin Helenes Besuche wären auch so flüchtig gewesen, sie sei aus der Kinderstube und aus dem Neuhäuser Schlosse gar nicht wegzubringen; sie habe sich sogar von Fräulein Beate eine leinene Schürze geborgt und sei mit ihr in allen Wirtschaftsräumen umhergelaufen, auf dem Boden und in Keller und Speisekammer. Die alte Prinzessin drohte dabei scherzhaft ihrem Töchterlein mit aufgehobener Hand. „Gestern erkappte ich sie in der Küche beim Himbeereinfachen! Ja, ja, verstecke nur deine Arbeitsfingerchen!“ (Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Calw, den 25. April 1923.

Zugverkehr.

Der Schnellzug 281 Basel-Frankfurt hält von heute ab auch in Calw, und zwar 2.15 morgens.

Württ. Kriegerbund Bezirk Calw.

Am letzten Sonntag fand im Gasthaus zum „Nöfle“ in Calw die Bezirksvorstanderversammlung der Kriegervereine statt. Der Geschäftsführende, Bezirksobmann Kliche, leitete die Versammlung und erstattete Bericht über die Tätigkeit innerhalb seines Bezirks und die Veranstaltungen, die seit Herbst v. J. in den Vereinen stattgefunden haben. Die Verhandlung über die Eterbellese ergab nach längerer Debatte eine wesentliche Erhöhung des Beitrags vom 1. Juli d. J. ab, aber auch eine den jetzigen Verhältnissen einigermaßen entsprechende Auszahlung bei Todesfällen. Der Rechner der Bezirkssterbellese, Kamerad Niehammer, erstattete Bericht über das letzte Rechnungsjahr. Eine Anregung des Vorsitzenden bezügl. Abstattung eines Bezirkskriegerfestes für Herbst d. J. fand allgemeinen Anklang. Nach einem kernigen Schlußwort des Präsidiumsmitglied Herrn Dekan Zeller und einem Hoch auf unser von übermütigen Siegern geknechtetes und geknebeltes Vaterland schloß d. Vorsitzende die Versammlung.

Milchpreisverhandlungen ohne Einigung.

Die „Landwirtschaftliche Korrespondenz“ schreibt: Am Dienstag vormittag fanden im „Haus der Landwirte“ Verhandlungen über die Festsetzung des Milchpreises für Mai statt. Anwesend waren Vertreter der Bedarfsgemeinden, der Landwirtschaftskammer, der Milchzeuger und des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes. Die Erzeuger beanpruchten eine Erhöhung der gegenwärtig geltenden Preise um 25%. Sie begründeten diese Forderung damit, daß entsprechend dem Fortschreiten der allgemeinen Teuerung auch die Erzeugungskosten für Milch sich erhöht haben und daß auch die Preisregelung für Milch in den Nachbarstaaten sich schon in einer dieser Forderungen entsprechende Weise bewegt habe. Es ist im Interesse der Erhaltung der Erzeugung wünschenswert, daß hier eine gewisse Parität erzielt wird. Auch die Preise für die aus der Milch hergestellten Erzeugnisse wie Butter und Käse würden ganz wesentlich erhöht. Die Vertreter der Landwirtschaft trugen bei ihren Forderungen der gespannten wirtschaftlichen Lage sehr weitgehend Rechnung, denn der geforderte Aufschlag bleibt weit hinter dem zurück, was die wirtschaftlichen Verhältnisse zu einem Ausgleich fordern würden. Die Verbrauchervertreter stellten sich jedoch auf den Standpunkt, daß sie eine Erhöhung überhaupt nicht annehmen wollten, vielmehr wünschten sie, daß die Verhandlungen um 14 Tage verschoben werden sollten. Bis auf weiteres sollten dann die festeren Milchpreise in Geltung bleiben. Ein Schiedsgericht, das paritätisch von Verbrauchern und Erzeugern bezeugt ist, wird nun über die Neugestaltung der Milchpreise entscheiden.

Die Frage der Ortsklasseneinteilung.

Auf die Anfrage des Abg. Reiper (Soz.) an das Württ. Staatsministerium wegen der Ortsklassenzuschläge, Ortsklasseneinteilung usw. ist folgende Antwort ergangen: Die württ. Regierung hat bei den Verhandlungen über die Reichung von örtlichen Sonderzuschlägen an Beamte im Reichsfinanzministerium immer betont, daß Württemberg das System der Gewährung örtlicher Sonderzuschläge grundsätzlich ablehnen müsse, hat aber zugleich in allen Fällen nachdrücklich sich dafür eingesetzt, daß bei der Festsetzung der Sonderzuschläge die württembergischen Orte im Vergleich zu denen der anderen Länder nicht ungünstiger behandelt werden. Die Vorbereitungen für die zurzeit schwebenden Verhandlungen über eine mögliche Ausdehnung der Sonderzuschläge sind von der württ. Regierung von langer Hand getroffen, auch Vertreter der württ. Beamtenorganisationen vor Beginn der Verhandlungen von dem Finanzministerium zu einer unverbindlichen Aussprache zugezogen worden. Gleichzeitig zu den grundsätzlichen Fragen des sog. Preisabbaus und der hinter den Industrieländern zurückgebliebenen Beamtenbesoldungen Stellung zu nehmen, lag kein Anlaß vor, da diese Fragen mit der Gewährung von örtlichen Sonderzuschlägen nur in einem losen Zusammenhang stehen und in erster Linie von dem zuständigen Arbeits- und Ernährungsministerium vertreten werden. Was endlich die Ortsklasseneinteilung betrifft, so hat die Regierung bei mehreren Anlässen erklärt, daß sie die Einteilung in fünf Ortsklassen als den württ. Verhältnissen nicht entsprechend erachtet und bei einer künftigen Veränderung der Ortsklassen auf eine Verminderung der Zahl, sowie auf eine Verringerung der Spannungen zwischen den Grundgehalten innerhalb der einzelnen Ortsklasse hinwirken wird.

Ein Vogelmassensterben.

(L. C.) Die Vogelwarte Rossitten berichtet: In letzter Zeit wurden am Ostseestrand große Mengen von Vogelweihen angespült. In der Hauptsache waren es Feldlerchen, Buchfinken, Drosseln, Stare und Hänflinge, die sich jetzt gerade auf dem Wege befinden. Die Tiere sind ohne Zweifel bei ihrer Wanderung über die See in heftigen Stürmen und Eisregen geraten und mit zusammengestorenen Gliedern zu Tausenden in die Wellen gefallen und ertrunken.

Wetter für Freitag und Samstag.

Im Westen entwickelt sich ein kräftiger Hochdruck, der auch mit den Störungen in Süddeutschland vollends aufräumt. Am Freitag und Samstag ist noch zeitweilig bedecktes und kühles, aber trockenes Wetter zu erwarten.

Ein Radiumprozeß.

(S. B.) Stuttgart, 25. April. Der oldenburgische Privatgelehrte Wempe hatte von Professor Curie in Paris, dem Entdecker des Radiums, 453 Milligramm dieses außerordentlich seltenen Elementes erhalten und lange damit experimentiert, bis er sich veranlaßt sah, den kostbaren Besitz, der heute 3 Milliarden Mark wert ist, zum Kauf auszubieten. Unter anderen trat ein Schweizer als Käufer auf, dem der Schwiegerjohn des Professors, Joanning, die

Ware in Stuttgart übergeben sollte. Es kam jedoch nicht dazu, da der angebliche Schweizer ein Polizeispiegel war und die Herausgabe des Radiums erzwang. In einem daran geknüpften Strafverfahren wurde das Radium wieder freigegeben, aber als es zurückerstattet werden sollte, fehlten 450 Milligramm, also fast alles. Man suchte die Sache mit Rücksicht auf die Ersatzpflicht des Reichsfiskus zu vertuschen und strebte die Einstellung des Verfahrens an, wozu es aber nicht kam, vielmehr erging ein Strafbefehl, der einen anderen Schwiegerjohn des Professors, den Rechtsanwalt Portius in Dresden bemog, an die Stuttgarter Staatsanwaltschaft einen scharfen Brief zu schreiben, worin diese wiederum eine Beamtennotwendigkeit erblidete und abermals Strafantrag stellte. Das Schöffengericht sprach indessen Portius von dieser Beschuldigung frei. Die Strafkammer hat in der Radiumsache selbst ihr Urteil noch nicht gefällt. Der Reichsfiskus behauptet, die fehlenden 450 Milligramm des Radiums hätten schon bei der Beschlagnahme gefehlt.

Ellwangen im „Aufruhr“ wegen der Zuweisung des Stuttgarter Waisenhauses.

(S. B.) Ellwangen, 24. April. Das Gerücht, daß eine Kommission, bestehend aus Vertretern des Ministeriums des Innern, des Kultusministeriums und des Landesfinanzamts nach Ellwangen komme, um über die Hierherverlegung des Stuttgarter Waisenhauses endgültig zu bestimmen, hat in „Spf- und Jagtztg.“ in der Bevölkerung, vor allem unter der Geschäftswelt, große Erregung hervorgerufen. Der Stadtvorstand wurde veranlaßt, eine außerordentliche Gemeinderatsitzung behufs erneuter Stellungnahme zu der Frage anzuberaumen. Es gab eine scharfe Debatte, in der Stadtschultheiß Ettenperger mitteilte, die Kommission wolle zwischen dem Waisenhaus und der Polizeischulabteilung im Gebäudelomplex die Grenze ziehen. Der Kultusminister hierher komme gar nicht mit. Gemeinderat Bürger erklärte, wenn sich der Minister scheue, selbst nach Ellwangen zu kommen, so sei das ein Beweis, daß er an der Stadt nicht richtig gehandelt habe. Gemeinderat Bofinger bemerkte, an der früheren Stellungnahme habe sich nichts geändert. Wir brauchen keine zwei Waisenhäuser hier. Warum finde man in ganz Württemberg keine Stadt, die dieses Waisenhaus wolle? Wenn es aber doch kommen solle, dann heraus mit der Entschädigung! Man habe schon von 7 Millionen sprechen hören, während wir 298 000 Goldmark ausgeben müßten. Gemeinderat Eiberger sagte: Wir beanspruchen nur unser Recht, und dies besteht darin, daß wir uns gegen das Unrecht wehren, das uns von der eigenen Landesregierung zugefügt wird. Nur mit Zähneknirschen und der Faust im Saß werden wir uns fügen. Der Vorsitzende regte an, daß der Gemeinderat die Herren erwarte. Dazu sollen wieder alle Kreise der Bevölkerung sich einfinden und so der Kommission gegenüber zum Ausdruck bringen: Hier Waisenhaus — hier Volkswille; wählen Sie! Die Anregung des Gemeinderats Baumgärtner, nach Stuttgart zu telephonieren, die Bevölkerung wünsche, daß der Staatspräsident morgen selber komme, fand stürmische Zustimmung. Zum Schluß einigte man sich dahin, sich morgen vormittag in der Unteroffizier-Vorbildungsanstalt einzufinden. Ein Ausscheller forderte in den Nachmittagsstunden auf: Bürger und Einwohner, erscheint in Massen! Der Stadtvorstand mahnte ernstlich zur Ruhe und Besonnenheit. Strafbares dürfe nicht vorkommen.

(S. B.) Ellwangen, 25. April. Als der Stuttgarter Schnellzug vormittag 9 Uhr an der Unteroffizier-Vorbildungsanstalt vorüberfuhr, hatte sich bereits eine stattliche Menge von über 500 Ellwanger, Männer und Frauen aus allen Kreisen, hauptsächlich Gewerbetreibende, auf der Landstraße vor dem Gebäude eingefunden. Das demonstrative Auftreten der Bevölkerung, zu dem der Ausscheller, wie wir der „Spf- und Jagtztg.“ entnehmen, in der Frühe in den Straßen der Stadt nochmals aufforderte, sollte der Besichtigungskommission die Erregung über die Hierherverlegung des Stuttgarter Waisenhauses zum Ausdruck bringen. Dies geschah bei Ankunft der Kommission durch kräftige Zurufe. Die Besichtigungskommission setzte sich zusammen aus Staatsrat Hegelmaier vom Staatsministerium, Präsident v. Haag vom Ministerium des Innern, Präsident v. Bäck vom Kultusministerium mit Oberregierungsrat Schanz, Ministerialdirektor Groß vom Finanzministerium, Präsident Tafel als Vertreter des Reichsfiskus, Polizeioberst Ruof nebst weiteren Herren aus Stuttgart. Der nachfolgende Teil der Kommission hatte alle Mühe, durch die erregte Menge hindurch zum Eingangstor zu gelangen. Man ließ die Menge gewähren, die Ausschreitungen vermied. Stadtschultheiß Ettenperger trug bereits im Hofraum der U. B. A. die Bitte vor, die Wünsche der Stadt Ellwangen noch einmal zum Ausdruck bringen zu dürfen. Die Herren wollten sofort zur Besichtigung schreiten, aber schließlich schenkte Präsident v. Haag dem Stadtvorsteher beim Haupteingang Gehör. Die Stadt wünsche eine bindende Erklärung, daß die Polizeischulabteilung jetzt und später hier belassen werde. Präsident v. Haag erwiderte, die Kommission sei lediglich gekommen, um die Räume unter den verschiedenen in Betracht kommenden Einrichtungen zu verteilen. Für das Waisenhaus sei er nicht zuständig. Hinsichtlich der Polizeischulabteilung aber könne er mitteilen, daß das Ministerium nicht daran denke, diese zu verlegen. Dieselbe Erklärung gab Oberst Ruof. Die Menge konnte durch gütliches Zureden bald beschwichtigt werden und verließ sich allmählich, so daß die Umgebung der U. B. A. um 10 Uhr wieder das gewöhnliche Bild zeigte. Wie die „Spf- und Jagtzeitung“ erfährt, wurde bei der Verteilung der Räume eine Einigung erzielt. Nachmittags 3.10 Uhr reiste bereits ein Teil der Kommission wieder ab.

Bad Liebenzell, 24. April. Unter überaus zahlreicher Teilnahme der hiesigen Einwohnerschaft, von Calw und anderen Orten veranstaltete am letzten Sonntag abend der ev. Kirchenchor in dem nun endgültig fertiggestellten Kurial ein

nach jeder Hinsicht zufriedenstellendes Wohltätigkeitskonzert zu Gunsten der Ruhrhilfe. Musikbegeisterte und musikalisch bewusste Dilettanten waren die Ausführenden. Aber nichts von Dilettantismus! Unter dem sicher führenden Stab des Dirigenten, Herrn Hauptlehrer Haug-Ernstmühl, hörte man nur vollendet Gutes. Die feierlichen Klänge aus Richard Wagners Meisterfingern „Wach auf“, von Chor und Orchester klarschön vorgetragen, bildeten den Auftakt. Es folgte dann die 1. Symphonie 1. Satz von Beethoven durch das gutgeschulte Orchester. Im Mittelpunkt des Abends stand die musikalische Aufführung „Die Zwerge im Hübchenstein“, eine Harzmär von A. Klages. Der Prolog wurde von Frau Hauptlehrer Haug-Ernstmühl stimmungsvoll vorgetragen. Als Solistinnen wirkten Fräulein Leonhardt-Hirshau und Fräulein Frida Defer-Liebenzell. Fräulein Leonhardt weicht mit ihrer schönen, vollen und wohlklingenden Sopranstimme einen guten Vortrag und vorzügliche Aussprache zu verbinden. Fräulein Defer kam mit ihrem Mezzosopran schön zur Geltung. Chor und Orchester trafen auch hier in jeder Weise das Richtige. Ein besonderes Wort dem trefflichen Begleiter am Flügel, Herrn Amtmann Bögel-Calw, der den hohen Anforderungen der Begleitung vollauf gerecht wurde. Allen Mitwirkenden von hier und auswärts sei auch an dieser Stelle besonderer Dank ausgesprochen dafür, daß sie sich in selbstloser Weise der guten Sache zur Verfügung gestellt haben. Der Haupt Dank gebührt jedoch dem unermüdbaren und tüchtigen Dirigenten, Herrn Hauptlehrer Haug, und es ist nur zu wünschen, daß der volle Erfolg und der reiche Beifall der zahlreicheren Zuhörer dem Kirchenchor ein Ansporn zu weiterem künstlerisch-musikalischem Wirken sein möge. Auch der finanzielle Erfolg blieb nicht aus, denn es war möglich, der Ruhrhilfe die schöne Summe von 100 000 M. überweisen zu können.

(S. B.) Weilmündorf, 25. April. In der hiesigen chemischen Fabrik explodierte eine bei der Sodafabrik verwendete Trommel, wobei der daran beschäftigten Arbeiterin, der 36jährigen Frau Ap, der Kopf vom Leibe gerissen wurde.

(S. B.) Stuttgart, 24. April. Die unter den Angehörigen des Polizeipräsidiums Stuttgart veranstaltete Sammlung für die Ruhrspende hat als zweite Gabe den Betrag von über 1 Million Mark ergeben. Der Betrag ist an den Württ. Beamtenbund abgeliefert worden.

(S. B.) Stuttgart, 25. April. Im Fremdenzimmer eines Hotels in der Fiedrichstraße erschloß sich heute Nachmittags ein 28 Jahre alter Bankbeamter, angeblich wegen Arbeitslosigkeit.

(S. B.) Oberndorf, 25. April. Die Waffenfabrik sieht sich genötigt, die Kurzarbeit einzuführen. Vorerst wird nur an einem Tag der Woche gearbeitet. Mit der Neuregelung verbunden ist die Entlassung von 400 Arbeitern, in erster Linie solcher vom Lande, die auf eigener Scholle sitzen.

(S. B.) Heilbronn, 25. April. Der Fuhrknecht Hans Kittel hat in der Karfreitagnacht den Feuermedienapparat in Tätigkeit gesetzt und die Feuerwehr dadurch hüßlich gestäubt. Kittel wurde verhaftet. Er will sinnlos betrunken gewesen sein, war aber nur angeheitert und erhielt 5 Monate Gefängnis.

(S. B.) Bartenstein, 25. April. Auf dem Rathaus sind standesamtlich aufgeboten: der 29jährige Hauptlehrer in Bollmaringen, Oberamt Horb Josef Hugo Waldenmaier aus Salach O. L. Göppingen und die 19jährige Marie Rose Prinzessin zu Hohenlohe-Bartenstein, Tochter des verstorbenen Fürsten Johannes zu Hohenlohe-Bartenstein und Jagtberg und der Fürstin Anna zu Hohenlohe-Bartenstein und Jagtberg, geb. Erzherzogin von Oesterreich und Prinzessin aus dem Hause Toskana. Die Trauung findet im Monat Mai in Stuttgart in der Eberhardskirche statt.

(S. B.) Ellwangen, 25. April. Im Amtsgerichtsgefängnis hat sich der verheiratete Straßenbahnkassierer Adam Trautmann von Darmstadt erhängt. Er kaufte im Oberamt Ellwangen Eier und Butter auf, wobei ihm Ueberschreitungen der Eierpreise nachgewiesen wurden. Auch hatte er keine Erlaubnis zum Butteraufkauf.

(S. B.) Buchau, 24. April. In letzter Zeit sind in Stuttgart 2 von hier gebürtige Burschen festgenommen worden. Die vielversprechenden Jünglinge fertigten falsche 500 M. Scheine (Ausgabe vom 7. 7. 22) an, setzten sie in Umlauf und verschafften sich so auf leichte Weise einen angenehmen Zuschuß zu einem flotten Leben. Die Falschscheine waren aber so plump angefertigt, daß sie bald zur Ergreifung der Täter führten.

(S. B.) Reutlingen, 25. April. Dem Käferbestizher Christ in Trübol wurden nachts 130 Pfund Butter gestohlen. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

(S. B.) Vom Bodensee, 25. April. Aus dem Konstanzer Kreisgefängnis ist der erst kürzlich wegen Meuterei mit 6 Monaten und wegen Einbruchs in Singen zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilte Richard de Kossi aus Reutlingen ausgebrochen. Er sollte in die Strafanstalt Freiburg überführt werden, wo er noch 2 1/2 Jahre Gefängnis zu verbüßen hat. Als Ausbrecher bekannt, war er mit besonderer Vorsicht behandelt worden. Er war Tag und Nacht in Ketten gelegt. Das Eßbesteck wurde ihm nach jeder Mahlzeit herausgenommen, ebenso bei Nacht die Kleider. Trotzdem gelang ihm die Flucht. Die Stäbe des Eisengitters vor seinem Fenster waren durchsägt und die Zelle leer. Die Kette lag unaufgeschlossen auf der Pritsche. Danach scheint sich der Verbrecher mit den Händen nach Art der Entsehlungs-künstler durchgewunden zu haben. Die Wolldecke und Leintuch hatte er zusammengeknüpft und scheint sich so auf den Hof herunter gelassen zu haben. So viel ist sicher, daß er nur mit dem Hemd bekleidet in die Freiheit kam.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.
Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar galt gestern 29 924 Mark, der Schweizer Franken 5483 Mark.

Die stetige Erhöhung des Mehlprieses.

Die Südd. Mühlenvereinigung hat den Richtpreis für Weizenmehl Spezial 0 auf 220 000 M. erhöht.

Märkte.

(S.C.B.) Stuttgart, 24. April. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 29 Ochsen, 40 Bullen, 140 Jungbullen, 122 Jungrinder, 210 Kühe, 595 Kälber, 501 Schweine, 26 Schafe, 8 Ziegen. Unverkauft blieben 5 Kühe. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen I. 2550-2750 Mk., (letzte Markt: 2500-2700 Mk.), II. 1800-2350 Mk., (1750 bis 2300 Mk.), Bullen I. 2000-2250 Mk., (1900-2100 Mk.), II. 1750-1950 Mk., (1600-1800 Mk.), Jungrinder I. 2600 bis 2800 Mk., (2550-2750 Mk.), II. 2250-2500 Mk., (2150-2400 Mk.), III. 1700-2100 Mk., (1700-2000 Mk.), Kühe I. 1800-2100 Mk., (1800-2000 Mk.), II. 1400-1700 Mk., (1250-1600 Mk.), III. 850-1200 Mk., (850-1100 Mk.), Kälber I. 2700-2850 Mk., (2600-2800 Mk.), II. 2400 bis 2600 Mk., (2400-2550 Mk.), III. 2100-2300 Mk., (2100 bis 2300 Mk.), Schweine I. 3200-3300 Mk., (3000-3200 Mk.),

II. 2800-3000 Mk., (2650-2900 Mk.), III. 2450-2700 Mk., Verkauf des Marktes: belebt.

(S.C.B.) Stuttgart, 25. April. Wie das Städt. Nachrichtenamt mitteilt, waren dem 38. Stuttgarter Pferdemarkt, der am 23. und 24. ds. Mts. auf dem Cannstatter Wasen stattfand, etwa 800 Pferde zugeführt gegen 600 im September 1922. Verkauft wurden etwa 400 Pferde gegen 300 im September. Die Preise bewegten sich im Rahmen von 1-15 Millionen für ein Pferd. Der Umsatz des diesjährigen Pferdemarktes betrug 2,8 Milliarden gegen rund 30 Millionen im September v. Js. Der Gesundheitszustand der zugeführten Tiere war gut. — Der Hundemarkt war mit rund 600 Hunden aller Rassen besetzt.

(S.C.B.) Kottweil, 25. April. Dem letzten Vieh- und Schweinemarkt waren 69 Pferde, 40 Ochsen, 80 Kühe, 170 Rinder und 30 Färren zugeführt. Bezahlt wurden für schwere Mastochsen 8-10 Mill., Ansehlinge 4-5 Mill. je pro Paar, Kühe 3-4 Mill., Wurfkühe 1-2,5 Mill., Kalbinnen 3-3,5 Mi., Rinder 1-2,5 Mill. Der Handel war sehr lebhaft.

(S.C.B.) Kottweil, 25. April. (Schweinemarkt). Für 1 Paar Milchschweine wurden bezahlt 280-420 000

Mark pro Paar, für einen Käufer 250-350 000 M. Der Handel war sehr lebhaft.

(S.C.B.) Reutlingen, 25. April. Die Schranne notierte folgende Zentnerpreise: Weizen (verkauft 51,82 Str.) 45 000 bis 75 000, Gerste (69,28) 45-56 000, Haber (258,91) 27-36 000, Unterländer Dinkel (12,94) 48-55 000, Alber Dinkel (10,88) 45-46 000, Roggen (1,70) 45 000 M.

(S.C.B.) Ravensburg, 24. April. Die Schranne notierte folgende Durchschnittspreise pro Doppelzentner Weizen 89 000, Weizen 129 000, Roggen 88 000, Gerste 90 000, Haber 80 000, Esper 160 000 M.

(S.C.B.) Deutlich, 25. April. Zugeführt wurden 665 Rilo Weizen, 340 Rilo Roggen, 6551 Rilo Gerste und 2758 Rilo Haber. Verkauft wurden 665 Rilo Weizen, 340 Rilo Roggen, 5076 Rilo Gerste und 1743 Rilo Haber. Erlös für Weizen 100-120 000, Roggen 100-160 000, Gerste 88 000 bis 110 000 und Haber 60-110 000 M. je pro Doppelztr.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Vieh- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Spar- u. Konsumverein Calw und Umgebung.

Wir bitten diejenigen Mitglieder, welche sich für die Lieferung von

Eier zum Einkalken

interessieren, ihren Bedarf in die in unseren Verkaufsstellen aufliegenden Listen bis **spätestens Mittwoch, den 2. Mai** eintragen zu lassen unter gleichzeitiger Vorzahlung von Mk. 300.— pro Stück. Es handelt sich um norddeutsche Eier, da süddeutsche nirgends anzutreffen sind. Der Preis kann erst bei Eintreffen der Sendung festgesetzt werden. Ohne Vorzahlung können keine Aufträge auf Eierbeschaffung entgegengenommen werden, da von den Lieferanten ebenfalls Vorzahlung gefordert wird.

Calw, den 25. April 1923.

Der Vorstand.

N.B. Am Samstag vormittag kommt eine Anzahl leerer Kisten — nur an Mitglieder — zum Verkauf.

Lasset kein Geld unnütz zu Hause liegen. Je nach Höhe und Art der Anlage zahlen wir 6 bis 12% Zins.
Spar- & Vorschußbank Calw.

Trog
weiterer Geldentwertung einige
Drehstrom-Motore 3 PS.
220/380 Volt, 1400 Touren, Kupferwicklung, fabrikmäßig, Fabrikat: Himmel und S. S. W. zu 510 000 Mk. per St. sofort ab Lager Württg. lieferbar. Ebenfalls äußerst billig
4 und 5 PS. Motore.

Größeres Lager in Sicherungen, Glühlampen, Isolierrohr und Kupferdrähten. Billigste Bezugsquelle für Installateure und Wiederverkäufer.

Vor Einkäufen bitte ich meine Preise einzufordern.
Soset Tronser, Pforzheim,
elektrotechnisches Büro, Bleichstraße 33.
Fernsprecher 2176. Telegrammadresse Tronser.

Schuhwaren-Ausverkauf

Infolge Umstellung meines Betriebs auf Fabrikation verkaufe solange Vorrat:
Herren-, Damen-, Knaben-, Mädchen- und Kinderstiefel, schwarz und farbig, in jeder Größe und Ausföhrung, sowie Spangens- und Halbschuhe, Sandalen, Segeltuch-, weiße Leinen-Hauschuhe etc. alles in größter Auswahl bei billigsten Preisen.

Schuhgeschäft Gottl. Bürkle,
Bad Liebenzell.
Sonntags ist mein Geschäft geschlossen.

Gute ernste Existenz. Eilt! Zufallsache. Eilt!

Wir suchen für unsere Erzeugnisse (Pat. amtl. gesch. Massenartikel, Schuhe, Kontor-, Haushalts-Artikel) in hiesigem Bezirk einen seriösen Herrn zum

Allein-Vertreter
dieser Schläger-Neuheit.

Es kommen nur Herrn in Frage, die guten, lückenlosen Lebenslauf nachweisen können und über 2-300 000 Mark verfügen.

Nur schriftliche Offerten sind zu richten an **Bammert, Dreßler & Co., Wm a. D., Bahnhofstr. 3, II. Stock**

An unsere Leser!
Der Bezugspreis unseres Blattes beträgt für **Monat Mai Mk. 3000.—.**
Unsere Postbezieher bei denen für den Monat Mai ohne Bestellgeld nochmals Mk. 3400.— erhoben wird, erhalten den **zuviel erhobenen Betrag von Mk. 400.—** durch unfr. Geschäftsstelle zurückbezahlt gegen Einlieferung oder Vorlegung der Postquittungen für den Monat Mai. Bei Zusendung der Quittungen durch die Post dürfte es sich empfehlen, solche der Portoversparnis halber gesammelt einzusenden.
Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Drahtstifte
in allen Abmessungen liefern billigst aus Lager vorrat
Kayher & Gantert Pforzheim,
Eisen-Stahl-Metalle,
Fernsprecher 33 25. Weiherstraße 15.

Paul Röchle am Markt, Calw.
Webwaren
aller Art in nur guten Qualitäten zu günstigen Preisen.

Versteigerung.
Unterzeichnet verkauft am Samstag, den 28. ds. Mts., von nachmittags 2 Uhr an gegen Barzahlung:
2 Fässer, zirka 7 Quadratmeter sordene Bretter, 1 Bodendeckel, 1 Zinkbadewanne, Schloßer- und Installateurwerkzeuge und Materialien, sowie noch sonstigen Hausrat.
Fritz Soulier, beim Stammheim.

Endlich das elektrische Volks-Bügeleisen
Probe-Mustersendung enthaltend:
1 Stück 2 1/2 kg mit Zulig. Mk. 20 400.—
1 do. 3 kg mit Zulig. Mk. 21 800.—
franko jeder Poststation per Nachnahme od. Vorauszahlung durch die Spezialfabrik:
Elektrowerk Gebr. Rilling A.-G.
Dusslingen 48 (Württg.)
Herstellerin der vorzögl. Kep.-abrikate.
Rührige Vertreter gesucht!

Klavier- und Harmoniumstimmer
kommt nach Calw und Umgebung. Aufträge für denselben wolle man auf der Geschäftsstelle des Blattes oder bei uns selbst niederlegen.
Musikhaus Sattler, Pforzheim,
Abt.: Pianos und Saimminstitut, Fernspr. 1210 u. 7821

Gefunden
wurde eine **Beitsche**
zwischen Würzbach u. Siehdichfür. Abzugeben bei **Müch, Oberkollwangen**
Wegen Ladenveränderung verkaufe ich preiswert:
1 Divan
2 Chaiselongues
2 Bettröste
90/190
Adolf Junginger,
Lapeziergeschäft,
Obere Marktstr. 31.

Wir kaufen
gegen sofortige Kasse **tannen, fichten und forchen Schnitware** und **Rundholz** in allen Abmessungen und erbiten Angebot unter **M. P. 95** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Lauffrau
für 1 Stunde täglich gesucht.
Oberamtsarzt Dr. Weg,
Nonnengasse 136.

Ev. Volksbund Calw. Vorträge
von **Dr. med. Helene Frig-Wilbhad.**
Sonntag, 29. April, 8 Uhr:
„Glückliche und unglückliche Ehen.“
Montag, 30. April, 8 Uhr:
„Sittliche Gefahren der Gegenwart“
(für Frauen und Mädchen), je im Vereinshaus.

Calw, den 25. April 1923.
Todes-Anzeige.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester u. Schwägerin
Berta †
Dienstag abend sanft entschlafen ist.
Die trauernde Familie: **L. Baral.**
Beerdigung Freitag nachmittags 2 Uhr.

Zu verkaufen:
1 Divan
und eine 3 teilige **Matratze**
eventuell **Tausch gegen Brennholz**
Friedrich Hennefarth,
Tapezier u. Polstergesch.,
Schulgasse 3 beim Rathaus.

1 Pferd

15 jährig, sehr gut im Zug
seht dem Verkauf aus
Julius Seeger,
Bäckermeister.

Habe ein erstklassiges, 2jähr.
Rassepferd

zu verkaufen od. tausche auch gegen eine **Zuchtkute** oder ein **Arbeitspferd.**
Michael Rentschler,
Landwirt, Schömburg,
Oberamt Neuenbürg.

Stumpfe Rasier-Apparathingen
werden in kurzer Zeit von Spezialfirma haar scharf wieder hergestellt.
Sammelstelle Calw
Badstraße 368.

Bedeutendste Zeitung in Württemberg
Stuttgarter Neues Tagblatt
Südwestdeutsche Handels- und Wirtschafts-Zeitung
Täglich 2 Ausgaben
Erites Anzeigenblatt

Mädchen
das etwas Kochen kann und möglichst schon gebient hat auf 1. Juni in kleine Familie gesucht.
Angebote unter **B. N. 96** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

3 gute Milch-Ziegen
zu kaufen gesucht.
Bauwerkmeister Alber.

Althengst.
Am Samstag, den 28. ds. mittags 1 Uhr verkauft einen **Wurf reine Milch-Schweine**

Jakob Weiß, L. C.